

Thorsten Hild

Fata Morgana oder Wirklichkeit? – Eine Gegenüberstellung der in Deutschland am häufigsten vertretenen wirtschaftspolitischen Thesen mit der amtlichen Statistik

Das Wirtschaftswachstum sei nicht länger Garant für mehr Beschäftigung. Die Menschen müssten größere Flexibilität bei der Stellensuche zeigen. Die Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten sei notwendig, um mehr Menschen aus der Arbeitslosigkeit in Lohn und Brot zu bringen. Der Staat müsse seine Ausgaben einschränken, um das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung zu verringern. Die Steuern müssten weiter gesenkt werden, dann würden auch die Unternehmen wieder mehr investieren. Das sind die in Deutschland am häufigsten vertretenen wirtschaftspolitischen Thesen. Sie finden auch in den Medien die weiteste Verbreitung, werden selten hinterfragt und bleiben mittlerweile meist unwidersprochen.¹ In der Wirtschaftstheorie, und zwar keineswegs nur im viel gescholtenen „Keynesianismus“, auch in den Werken der Begründer der klassischen Ökonomie, allen voran Adam Smith und David Ricardo, stoßen diese Thesen durchaus auf Widerspruch;² die Tagespolitik und Talkshows, die Flut an aktuellen Nachrichten lassen den Akteuren in Wirtschaft und Politik jedoch vermutlich kaum Zeit, sich mit jenen Schriften und den verschiedenen Ausrichtungen der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte auseinanderzusetzen.

Ein kurzer Blick in die amtliche Statistik hilft aber vielleicht schon, der einen oder anderen häufig mit unumstößlicher Gewissheit verkündeten wirtschaftspolitischen These etwas Unsicherheit beizumengen und vielleicht sogar den Wunsch und den Mut zu wecken, die behaupteten Zusammenhänge in Frage zu stellen. Nicht mehr aber auch nicht weniger ist Hintergrund und Intention dieses Beitrags. Die folgenden Ausführungen basieren auf den Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat). Eurostat-Daten sind frei verfügbar, ein unmittelbarer Zugriff ist jedem Internetnutzer möglich.³

¹ Eine umfassende und täglich aktualisierte kritische Begleitung der vorherrschenden politischen Meinungs- und Willensbildung in Medien und Politik bieten die NachDenkSeiten, www.nachdenkseiten.de

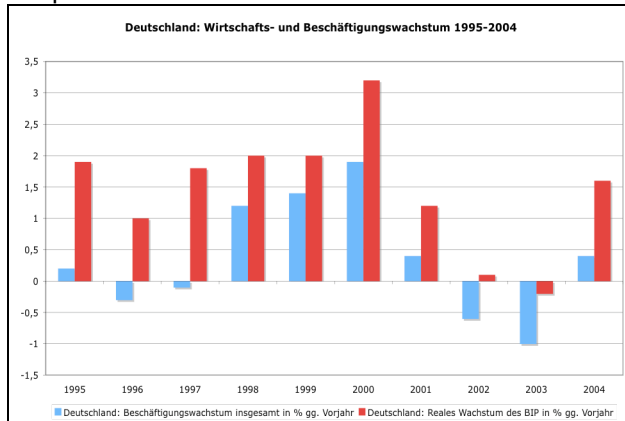
² Vgl. hierzu, Thorsten Hild, Alte Lehren zur „Neuen Wirtschaftspolitik“; ders., Viel Lärm um nichts – Zur „Zukunft“ der Arbeit, www.wirtschaftundgesellschaft.com

³ <http://epp.eurostat.cec.eu.int>

Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Flexibilität am Arbeitsmarkt

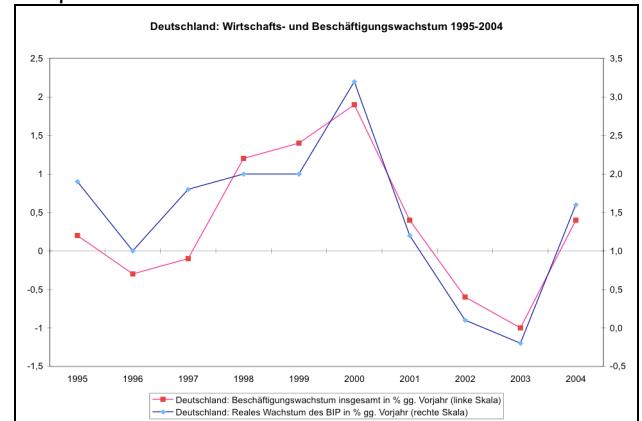
Es wird in Tageszeitungen, Wirtschaftsnachrichten und –analysen immer wieder behauptet, dass das Wirtschaftswachstum kein Garant mehr sei für mehr Arbeitsplätze oder gar Vollbeschäftigung. Die folgenden zwei Grafiken widersprechen dieser Aussage.

Graphik 1:



Quelle: Eurostat

Graphik 2:



Quelle: Eurostat

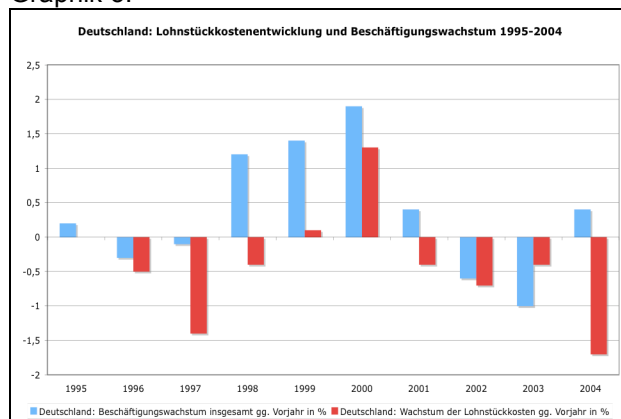
Zwei Größen – das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und das Beschäftigungswachstum insgesamt – geben gar keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass ein höheres Wirtschaftswachstum auch mit einer höheren Beschäftigung einhergeht. Gleichzeitig veranschaulichen sie die hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt. Wie sonst könnten Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswachstum so eng beieinander liegen? Steigt das Wirtschaftswachstum, steigt auch die Beschäftigung. Ist das Wirtschaftswachstum niedrig, geht auch das Beschäftigungswachstum zurück.

Niedrigere Löhne und Lohnnebenkosten gleich mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung?

Die Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten steht im Mittelpunkt der meisten wirtschaftspolitischen Rezepte und Diskussionen. Eine niedrigere Belastung des Faktors Arbeit und Lohnzurückhaltung würden es den Unternehmen erleichtern, mehr Arbeitnehmer einzustellen. Die durch Lohnzurückhaltung verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen stelle einen Anreiz dar, verstärkt zu investieren.

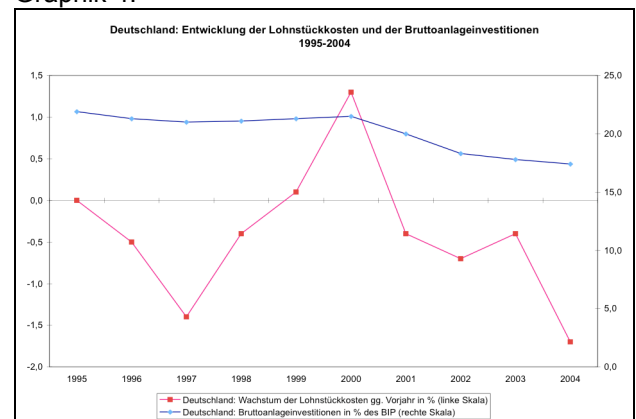
Die Lohnstückkosten bilden den durchschnittlichen Lohn eines Arbeitnehmers (einschließlich der Lohnnebenkosten) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten ab. Die Lohnstückkosten zeigen also, in welcher Beziehung das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt zur Arbeitsproduktivität steht.⁴ Sinken die Lohnstückkosten, ist die Lohnentwicklung hinter die Produktivitätsentwicklung zurückgefallen und umgekehrt. Die folgenden zwei Graphiken zeigen die Entwicklung der Lohnstückkosten, das Beschäftigungswachstum insgesamt und die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in den zurückliegenden 10 Jahren.

Graphik 3:



Quelle: Eurostat

Graphik 4:



Quelle: Eurostat

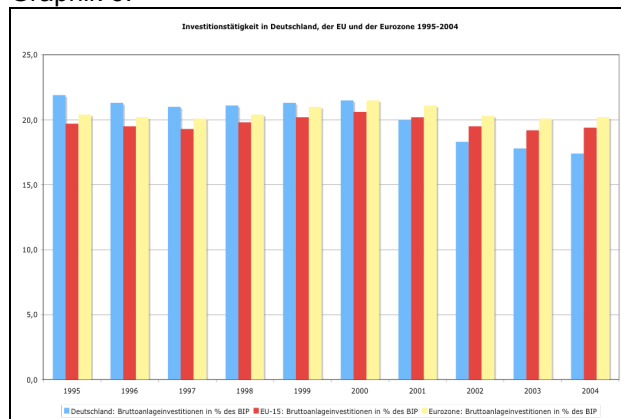
In sieben der zehn Jahre sind die Lohnstückkosten gesunken, die Löhne einschließlich der Lohnnebenkosten also hinter den verbesserten Bedingungen der Produktion zurückgeblieben. In einem Jahr, 1995, lagen Lohn- und Produktivitätsentwicklung gleichauf. Graphik 3 zeigt, dass die Beschäftigungsentwicklung nicht einheitlich auf die Entwicklung der Lohnstückkosten reagiert. Am stärksten ist die Beschäftigung im Jahr 2000 angestiegen. In diesem Jahr war auch das Wachstum der Lohnstückkosten am kräftigsten. Am stärksten gesunken ist die Beschäftigung wiederum im Jahr 2003. In diesem wie in den zwei vorangegangenen Jahren sind auch die Lohnstückkosten deutlich gefallen. Nur in drei von sieben Jahren waren fallende Lohnstückkosten begleitet von einem Zuwachs an Beschäftigung.

Graphik 4 veranschaulicht wiederum, dass gerade in den Zeiträumen sinkender Lohnstückkosten nicht vermehrt investiert worden ist. Im Gegenteil, die Bruttoanlageinvestitionen sind deutlich zurückgegangen. Stagniert bzw. gestiegen sind die Inves-

⁴ Zu beachten ist, dass die im Zähler verwendeten Variablen (Arbeitnehmerentgelt, Arbeitnehmer) sich nur auf abhängig Beschäftigte beziehen, während die Größen im Nenner (BIP, Beschäftigung) auch selbständige Arbeit berücksichtigen.

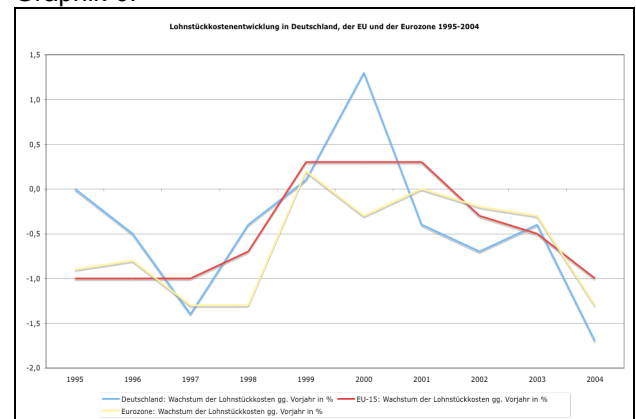
titionen hingegen in den Jahren, wo die Lohnstückkosten weniger stark gesunken sind bzw. sogar zugenommen haben. Zwischen 2000 und 2003 sind die Bruttoanlageinvestitionen auch in absoluten Beträgen kontinuierlich gefallen, von 442,4 Mrd. Euro auf 384,4 Mrd. Euro. 2004 haben die Unternehmen dann wieder etwas stärker investiert. Im Vergleich zu 1995 wurden 2004 allerdings immer noch rund 38 Mrd. Euro weniger für Investitionen ausgegeben. Das passt schlecht in das Bild einer Wirtschaft, die sich im weltweiten Wettbewerb behaupten muss. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Sozialprodukt, die Investitionsquote, liegt mittlerweile deutlich unter dem Durchschnitt der anderen EU-Staaten. In Graphik 5 ist zu sehen, dass die deutsche Investitionsquote bis Ende der 90er Jahre noch deutlich über dem EU-Durchschnitt gelegen hat. Auffallend ist, dass die sinkende Bereitschaft der Unternehmen, in Deutschland zu investieren, mit einer zumeist noch stärkeren Lohnzurückhaltung einherging, als dies ohnehin schon in der EU der Fall war (Graphik 6).

Graphik 5:



Quelle: Eurostat

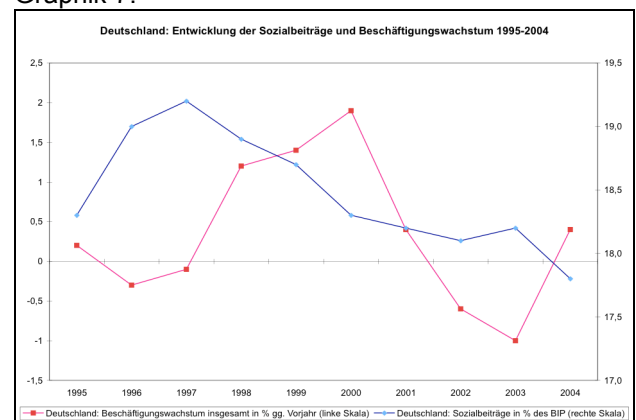
Graphik 6:



Quelle: Eurostat

Schließlich lohnt sich noch ein isolierter Blick auf die Entwicklung der Sozialbeiträge, resp. der Lohnnebenkosten. Sie sind in Deutschland zwischen 1997 und 2002 kontinuierlich gesunken (Graphik 7). Das Beschäftigungswachstum ist dieser Entwicklung nur bedingt gefolgt; in der jüngeren Vergangenheit, 2001 und 2002, ist das Beschäftigungswachstum bei sinkenden Sozialbeiträgen gesunken und auch 2004 nur leicht gestiegen.

Graphik 7:

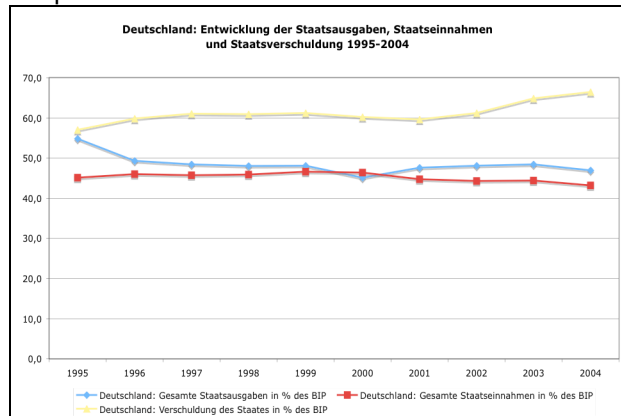


Quelle: Eurostat

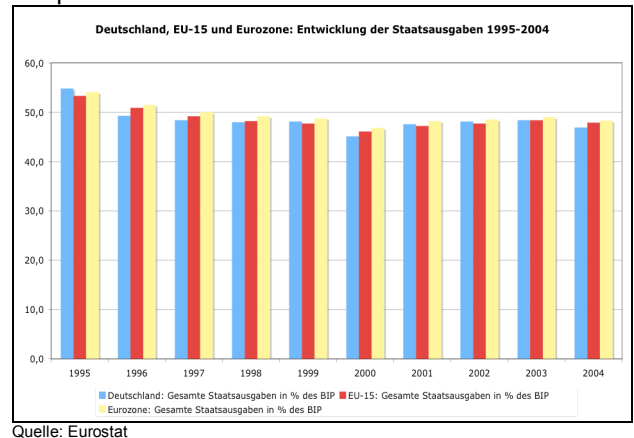
Senkung der Staatsausgaben, Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung

Der Staat soll seine Ausgaben senken, um die Staatsverschuldung nicht noch weiter nach oben zu treiben. Den Staatshaushalt über Einsparungen zu konsolidieren wird in den meisten Publikationen und wirtschaftspolitischen Aussagen als alternativlos und notwendig begriffen. Ohne Einsparungen würden zukünftige Generationen einem nicht zu bewältigenden Schuldenberg gegenüberstehen. Dies ist nicht der Ort, an dem dieses Verständnis von Staatsschuld diskutiert werden soll. An dieser Stelle soll wiederum lediglich die amtliche Statistik bemüht werden, um einen Fingerzeig zu bekommen, wie sich die Staatsausgaben und die Verschuldung in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Wie Graphik 8 zeigt, ist die Staatsverschuldung ungeachtet eines deutlichen Rückgangs der Staatsausgaben seit Mitte der 90er Jahre weiter angestiegen. Während sich Mitte der 90er Jahre Staatsausgaben und –einnahmen noch gegenläufig entwickelt haben, sind zuletzt auch die Einnahmen des Staates weiter gesunken. In jedem Fall bietet die Statistik keinen Beleg dafür, dass ein durchaus kräftiger Rückgang der Staatsausgaben, wie wir ihn seit Mitte der 90er Jahre beobachten können, zu einer geringeren Staatsverschuldung führt. Im Gegenteil, die Staatsverschuldung ist deutlich gestiegen.

Graphik 8:



Graphik 9:



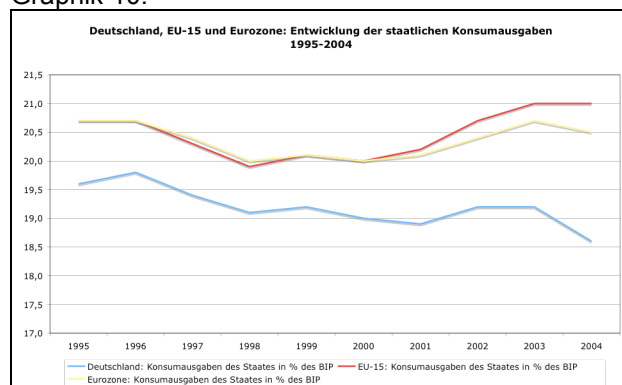
In den vergangenen zehn Jahren sind die Staatsausgaben in Deutschland dabei weitaus stärker gesunken als im Durchschnitt der alten EU-Staaten und der Eurozone (Graphik 9). Lag der Anteil der Staatsausgaben am BIP in Deutschland 1995 noch bei 54,8 % (EU-15 53,3%, Eurozone 54,1%), waren es 2004 nur noch 46,9 % (EU-15 47,9%, Eurozone 48,3%). Die Verschuldung ist im gleichen Zeitraum in Deutschland von 57% auf 66,4% des BIP gestiegen. In Durchschnitt der EU-15-Staaten sank der

Schuldenstand – bei im Vergleich zu Deutschland geringeren Ausgabenkürzungen – von 70,8% auf 64,3%. Für die Eurozone wird der Schuldenstand ab 2001 ausgewiesen; er ist bei einem zwischen 2001 und 2004 nahezu konstant bleibenden Anteil der Staatsausgaben am BIP von 69,3 auf 70,8% gestiegen.

Um im Groben sehen zu können, wo der Staat gekürzt hat, unterscheidet die Statistik zwischen öffentlichen Konsumausgaben und öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen. Zu den Konsumausgaben des Staates zählen alle Ausgaben „für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden“ (Eurostat). Hierzu gehören bspw. auch Ausgaben für Bildung. Bruttoanlageinvestitionen beziehen sich auf „den Erhalt oder die Erweiterung von Sachanlagen und immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt wurden“ (Eurostat).

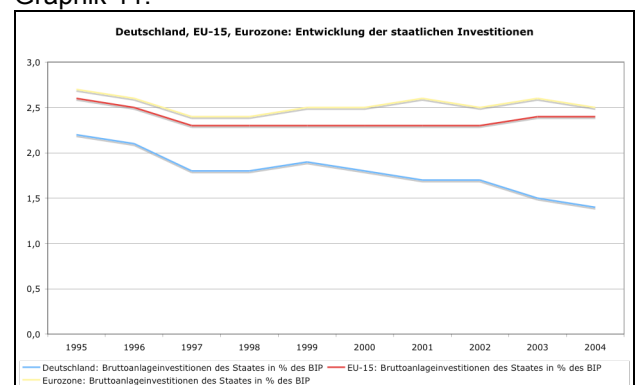
Die Graphiken 10 und 11 zeigen, dass Deutschland im Gegensatz zum Durchschnitt der EU-Staaten und der Eurozone sowohl beim Konsum wie auch bei den Investitionen die Ausgaben kräftig gesenkt hat.

Graphik 10:



Quelle: Eurostat

Graphik 11:



Quelle: Eurostat

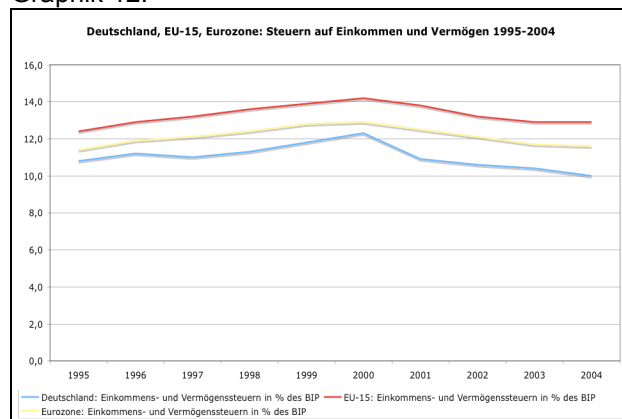
Zum einen hat Deutschland seinen Schuldenstand so nicht reduzieren können, zum anderen ist zu fragen, ob der eingeschlagene Weg der Ausgabenkürzungen wirklich den zukünftigen Generationen gerecht wird? Denn die unterschiedlich hohen Staatsausgaben in den einzelnen Ländern dürften sich nachhaltig auf die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Menschen und Infrastruktur des jeweiligen Landes auswirken. Es ist daher zumindest fragwürdig, nur auf die Staatsschuld zu schauen und hieraus eine Belastung zukünftiger Generationen abzuleiten. Denn wenn die daraus folgenden Ausgabenkürzungen die Leistungsfähigkeit der Menschen und der

Wirtschaft insgesamt schmälern, kann – selbst, wenn es zukünftig gelingen sollte, hierüber die Staatsschuld zu senken – die Last, die noch verbleibenden Schulden zurückzuzahlen, durchaus steigen.

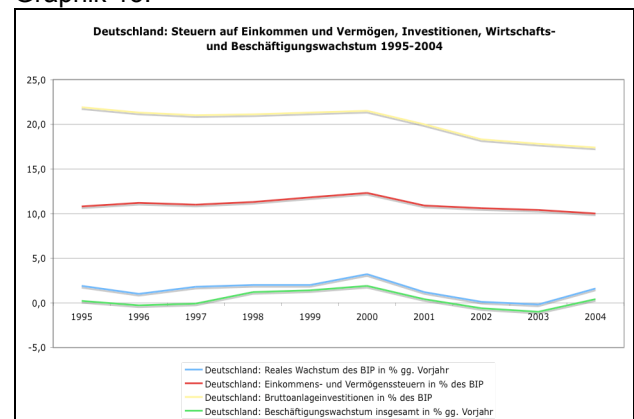
Unternehmenssteuern, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung

Deutschland hat seit 1998 die Körperschaftssteuer von 45% auf 25% gesenkt. Gleichzeitig wurden Veräußerungsgewinne von Anteilen an anderen Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt. Während in der EU die Körperschaftssteuer die relevante Steuer für Unternehmen darstellt, gilt dies für Deutschland allerdings nur eingeschränkt, da hier nur rund 17% der Unternehmen Kapitalgesellschaften sind. 83% sind als Einzelunternehmen oder Personengesellschaften organisiert, deren Inhaber oder Gesellschafter der Einkommenssteuer unterliegen. Auch die Steuern auf Einkommen und Vermögen sind jedoch seit 2001 kontinuierlich zurückgegangen, von 12,3% auf 10,0%. Sie liegen damit deutlich unter dem Durchschnitt der EU und der Eurozone (Graphik 12). Seit Inkrafttreten der Steuerreform 2000 wird bei den Personenernehmen zudem die Gewerbesteuer pauschal von der Einkommenssteuer abgezogen und schlägt damit für diese Unternehmensform nicht länger als Kostenfaktor zu Buche.

Graphik 12:



Graphik 13:



Wie haben sich diese Steuersenkungen nun auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung ausgewirkt? Es ist nicht erkennbar, dass die seit 2000 umgesetzten Steuersenkungen einen positiven Effekt auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung ausgeübt haben (Graphik 13). Die Bruttoanlageinvestitionen sind über den gesamten Zeitraum rückläufig, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum bis 2003 ebenfalls. Unter umgekehrten Vorzeichen – steigenden Steuern – haben sich demge-

genüber zwischen 1997 und 2000 alle drei Größen positiv entwickelt. Laut einer im Oktober 2005 erschienenen OECD-Studie ist die gesamte Steuerbelastung in Deutschland von 1995 37,2% auf 2004 34,6% gesunken. Ein positiver Effekt auf Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist in der Statistik jedoch nicht ablesbar.

Fazit – fehlende Fragen bergen die Gefahr falscher Antworten

Natürlich erklären Zahlen für sich allein stehend nichts. Sie geben aber Anlass, Fragen zu stellen. Dies ist besonders relevant, wenn die gängigen wirtschaftspolitischen Thesen und Konzepte als unumstößliche Wahrheiten weiter Verbreitung finden, obwohl die über einen langen Zeitraum hin zur Verfügung stehenden offiziellen Daten sie nicht stützen bzw. ihnen keine verlässliche Grundlage bieten, sondern ihnen zumindest teilweise deutlich widersprechen. Die Statistik kann daher ein Motor sein, eine antriebsschwache Debatte voranzutreiben, Erklärungen zu fordern, für Dinge, die anscheinend nicht länger erklärt werden müssen, von Leuten, die meinen, ihre Thesen nicht länger erklären und empirisch belegen zu müssen. Passiert dies nicht, wird es evtl. einmal heißen: Wirtschaftspolitik war die Antwort, aber was war die Frage?

Oktober 2005

Thorsten Hild

redaktion@wirtschaftundgesellschaft.com

www.wirtschaftundgesellschaft.com